A-09-236 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in:	Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu A-09

Von Zeile 234 bis 236 einfügen:
Grenzen von Krieg und Frieden. Nur wenn wir verteidigungsfähig sind, werden wir uns nicht verteidigen müssen. Dafür ist zentral, dass wir auch die personellen Kapazitäten der Bundeswehr deutlich ausbauen. Dies wollen wir kurzfristig dadurch erreichen, dass wir den freiwilligen Wehrdienst und die Reservetätigkeit deutlich attraktiver ausgestalten. Sollte dies nicht ausreichen um die Verteidigungsfähigkeit sicherzustellen, ist für uns auch eine übergangsweise Rückkehr zur ausgesetzten Wehrpflicht kein Tabu. Mittel- und langfristig setzen wir uns für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr für alle ein, das in den Bereichen Wehrdienst, Bevölkerungsschutz oder Gesellschaftsdienst abgeleistet werden kann. Für den nötigen Ausbau der europäischen Verteidigungsfähigkeit haben wir viel von der Ukraine zulernen, gerade bei der

Begründung

Der personelle Aufwuchs der Bundeswehr ist eine Grundvoraussetzung, um Deutschland verteidigungsfähig aufzustellen. Wünschenswert wäre, dass sich genug Freiwillige für den Dienst bei der Bundeswehr finden. Die Freiwilligenzahlen zu steigern sollte daher der kurzfristige Schwerpunkt unserer Anstrengungen sein. Wir müssen jedoch auch Vorkehrungen für den Fall treffen, dass sich nicht genug Freiwillige für die Bundeswehr melden. Dabei stehen wir aufgrund der akuten und ernstzunehmenden Bedrohung durch Russland unter erheblichen Zeitdruck. Daher ist auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht eine Möglichkeit, die wir nicht vorab verwerfen sollten. Diese hat zwar große Schwächen und ist nur schwer mit einem feministischen und generationengerechten Ansatz in Einklang zu bringen. Ihr Vorteil ist aber, dass sie durch ein einfaches Bundesgesetz wieder in Kraft gesetzt werden kann und somit zumindest als kurzfristige Übergangslösung in Betracht gezogen werden sollte. Mittel- und langfristig sollte aber ein Ansatz verfolgt werden, der die gesamte Gesellschaft mit einbezieht und einem umfassenden Sicherheitsverständis folgt - das Gesellschaftsjahr. Da dieses eine Änderung des Grundgesetzes erfordert, scheidet es aber aufgrund der aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag als kurzfristige Lösung voraussichtlich aus.

weitere Antragsteller*innen

Lara Liese (KV Berlin-Mitte); Lennart Sydow (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Britta Jacob (KV Dachau); Linus Siebert (KV Berlin-Mitte); Simon Richter (KV Berlin-Pankow); Ferdinand Moors (KV Leipzig); Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte); Jakob Münch (KV Berlin-Mitte); Tarek Massalme (KV Berlin-Mitte); Michael Blöcher (KV Berlin-Mitte); Kurt Hildebrand (KV Berlin-Mitte); Christopher Schriner (KV Berlin-Mitte); Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau); Taylan Kurt (KV Berlin-Mitte); Carsten Rossenhövel (KV Berlin-Mitte); Stanislav Elinson (KV Leipzig); Peter Schober (KV Leipzig); Ansgar Rössig (KV Berlin-Mitte); Maria Faerber (KV Berlin-Mitte); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.